

Regierungsratsbeschluss

vom 29. Oktober 2013

Nr. 2013/1970

KR.Nr. A 146/2013 (DDI)

Auftrag Mathias Stricker (SP, Bettlach): Online-Polizeiposten (28.08.2013); Stellungnahme des Regierungsrates

1. Vorstosstext

Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, kantonal den Online-Polizeiposten einzuführen. Sollten dadurch die Bürgerfreundlichkeit erhöht sowie die Polizistinnen und Polizisten entlastet werden, ist die entsprechende Dienstleistung für geeignete Internetanzeigen so rasch wie möglich anzubieten.

2. Begründung

Jährlich werden in der ganzen Schweiz rund 40'000 Velodiebstähle gemeldet und viele weitere Anzeigen von Delikten (z.B. Sachbeschädigungen) gemacht. Oftmals handelt es sich für die Polizistinnen und Polizisten bei der Aufnahme am Schalter um Routinearbeiten mit relativ hohem Arbeitsaufwand. Dies bedeutet immer weniger Zeit für die effektiv notwendige Polizeiarbeit, nämlich der Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit. Durch die Möglichkeit, während 7 Tagen und 24 Stunden einen virtuellen Polizeischalter benutzen zu können, könnten die Bürgerfreundlichkeit erhöht und die Polizistinnen und Polizisten von administrativer Arbeit entlastet werden. Zudem würde durch die Reduktion von administrativen Arbeiten der Arbeitsdruck für die Polizistinnen und Polizisten abnehmen. So hätten diese mehr Zeit für ihre Kernaufgaben. Im Übrigen planen sechs Kantone die Einführung eines Online-Polizeipostens ab Oktober.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Programm Harmonisierung der Polizeiinformatik in der Schweiz mit Bezug zum Online-Polizeiposten

Mit RRB Nr. 2012/884 vom 1. Mai 2012 haben wir den Beitritt zur Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen zur Harmonisierung der Polizeiinformatik in der Schweiz (HPI) beschlossen. Neben der Harmonisierung der Polizeiinformatik im engeren Sinn bezweckt die Vereinbarung HPI insbesondere die Vereinfachung der Abläufe und die Behebung von Doppelspurigkeiten.

Das Programm HPI ist mit zwei konkreten Projekten, Suisse ePolice (SeP) und der Waffenplattform (WPF), gestartet. Im Unterschied zur WPF, welche als gesamtschweizerisches Projekt mit Beteiligung aller HPI-Partner geführt wird, nimmt SeP in fünf Vorreiterkorps (Police Bern, Kantons- und Stadtpolizei Zürich, Kantonspolizei St. Gallen und Zuger Polizei) im Oktober 2013 den Betrieb auf. Drei weitere Korps haben ihr Interesse angemeldet (Stand Mitte 2013). SeP ist als Plattform konzipiert. Bürgerinnen und Bürger können Transaktionen vornehmen und verschiedene Dienstleistungen nutzen. Es handelt sich um einen virtuellen (oder eben Online-) Polizeiposten, welcher rund um die Uhr zugänglich ist. Diese Bürgerfreundlichkeit stellt für die Polizei Kanton Solothurn eine Angebotserweiterung dar. Aus diesem Grund wollen wir vorerst die Er-

fahrungen der Vorreiterkantone mit dem Online-Polizeiposten abwarten und auswerten. Eine Inbetriebnahme im Kanton Solothurn werden wir anhand der Ergebnisse prüfen.

3.2 Vordringliche Inbetriebnahme der WPF

Ausserdem erachten wir die Implementierung der WPF zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit als vordringlich (vgl. RRB Nr. 2013/265 vom 19. Februar 2013). Dementsprechend haben wir uns für eine rasche Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die WPF eingesetzt. Ende 2014 dürften die notwendigen Arbeiten abgeschlossen sein. Derzeit rechnen wir mit der Inbetriebnahme der WPF per 1. Januar 2015.

Da für die beiden HPI-Projekte (SeP und WPF) technisch dieselbe Plattform zu benutzen sein wird, erachten wir - bei entsprechend ausgewiesenem Nutzen eines Online-Polizeipostens - eine mögliche gleichzeitige Betriebsaufnahme für sachgerecht. Synergien, welche sich durch das gleichzeitige Aufschalten ergeben, können dadurch genutzt werden. Erfahrungsgemäss dürfte sich dieses Vorgehen insgesamt als kostengünstiger erweisen.

Infolgedessen kommt für uns eine mögliche Inbetriebnahme eines Online-Polizeipostens frühestens ab dem Jahr 2015 in Frage.

Im Rahmen der Prüfung von SeP werden insbesondere die Kosten und der Nutzen gründlich zu analysieren sein, wie dies der Auftrag auch verlangt. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass ein Online-Polizeiposten nach einer erhöhten Präsenz zur Verarbeitung der eingegangenen Daten verlangt.

4. Antrag des Regierungsrates

Erheblicherklärung mit folgendem Wortlaut:

Der Regierungsrat wird beauftragt, nach Auswertung der Erfahrungen der Vorreiterkantone die Einführung von Suisse ePolice zu prüfen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Justizkommission

Verteiler

Departement des Innern
Polizei Kanton Solothurn
Stadtpolizei Grenchen, Olten und Solothurn
Aktuarin JUKO
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat